



Veronika Bode (rechts) erläutert Christine Schmid, wie sie mit ihrer Anfrage das Thema der Unterrichtsversorgung aufgreift.

MARION KORTH

Von 109 auf 80 Prozent abgestürzt

Abgeordnete Veronika Bode stellt der Landesregierung Fragen zur Unterrichtsversorgung

Marion Korth

Helmstedt. „Es gibt Schulen, die noch schlechter dastehen.“ Trotzdem nimmt die CDU-Landtagsabgeordnete Veronika Bode nun die Grundschule St. Ludgeri in den Fokus. St. Ludgeri war mit 109 Prozent in das Schuljahr 2022/23 gestartet und liegt nun bei nur noch rund 80 Prozent. Wie schnell dort seit Schuljahresbeginn im vergangenen Jahr der Absturz in den Zahlenkeller erfolgte, das ist für die Landtagsabgeordnete ein Zeichen, wie groß und dramatisch das Problem insgesamt ist. „Hier zeigt sich, dass die Bildungspolitik schwach ist“, sagt sie. Sie informierte jetzt darüber, wie sie die Eltern, die sich wie Christine Schmid seit längerem für eine bessere Unterrichtsversorgung starkmachen, ihrerseits unterstützen will.

Mit einer kleinen Anfrage an die Landesregierung will sie den Finger in die Wunde legen, denn: „Die Entwicklung der Unterrichtsversorgung an der Grundschule St. Ludgeri ist leider ein sehr deutliches Beispiel, dass die Maßnahmen aufgrund des Lehrermangels nicht wirklich greifen und dass stattdessen sich sogar neue Probleme auf-tun an Schulen, die eigentlich eine gute Grundversorgung hatten.“ Weitere Baustellen seien die Grund-

schulen Friedrichstraße und Pestalozzistraße.

Bode fordert die Landesregierung auf, die Zahlen der jüngsten Erhebung zur Unterrichtsversorgung der Grundschulen im Landkreis Helmstedt und in der Stadt herauszugeben. Außerdem fragt sie konkret nach, wie viele Neueinstellungen seit dem Sommer 2022 vorgenommen worden sind. Dabei geht es um reguläre Einstellungen, aber auch um die Zahl der Bewerber, die durch das „Lehrkräftegewinnungspaket“ als Quereinsteiger an die Schulen gekommen sind. Veronika Bode will zudem eine Antwort auf die Frage, welche Maßnahmen geplant sind, um die Lehrkräfteversorgung in ländlichen beziehungsweise unterversorgten Gebieten zu stärken.

Die Gründe, warum es Städte und Landkreise wie Helmstedt besonders schwer haben, freie Stellen an den Schulen zu besetzen, nennt die Landesregierung selbst. Und zwar in ihrer Antwort an Veronika Bode. Die hatte nämlich vor knapp einem Jahr, im Sommer 2022, eine ähnliche Anfrage zu Unterrichtsversorgung gestellt. Damals ging es jedoch nicht um St. Ludgeri, sondern die Grundschulen Friedrichstraße und Pestalozzistraße. Darin verweist die Landesregierung auf die bundesweit zu geringe Zahl an

Lehramtsstudenten. Zudem würden die jungen Lehrkräfte „mehrerlich Stellen im großstädtischen Bereich oder in der Nähe von Universitätsstandorten bevorzugen, zu denen der Landkreis Helmstedt nicht zu zählen ist“.

Die Dinge, die uns damals in Aussicht gestellt worden sind, haben keine Wirkung gezeigt.

Veronika Bode, CDU-Landtagsabgeordnete, zur inhaltlich schlechten Unterrichtsversorgung an den Grundschulen in Helmstedt

Befristete Verträge fortzuführen, Teilzeitverträge aufzustocken, Quereinsteiger – das waren damals einige der Maßnahmen, mit denen die Landesregierung dem Mangel entgegenwirken wollte. „Die Dinge, die dort in Aussicht gestellt worden sind, haben keine Wirkung gezeigt“, kritisiert Veronika Bode.

Sie kann sich ebenso wie Christine Schmid (sie ist die Initiatorin einer Online-Petition zum Thema) vorstellen, dass junge Lehrer, die

noch keine Stelle haben, dazu verpflichtet werden können, in den ersten drei Jahren woanders hinzugehen. Zum Beispiel nach Helmstedt. Bei der Polizei sei das ganz normal, sagt Bode und berichtet von einem Besuch in der Helmstedter Polizeidienststelle. In der Wirtschaft ebenso, meint Christine Schmid.

Zurück zum Alltag an der Grundschule St. Ludgeri. Dort werde sich besonders auf die Klassen eins und vier konzentriert, um den Jüngsten einen möglichst guten Start und den Älteren einen guten Übergang zu den weiterführenden Schulen zu ermöglichen, berichtet Christine Schmid. Die frühere Schulleiterin Maria Theisen ist im vergangenen Sommer in den Ruhestand verabschiedet worden. Jetzt ist sie wieder zurück an ihrer alten Schule und unterrichtet an drei Tagen insgesamt acht Unterrichtsstunden, zunächst Religion, nun auch Mathematik. Das allein reicht aber nicht.

Der hilfeschuchende Blick geht nach Hannover. Die für die Petition gesammelten Unterschriften hat Christine Schmid vor fast einem Monat dem Kultusministerium geschickt. „Eine Empfangsbestätigung habe ich erhalten“, sagt die Mutter. Auf eine Antwort wartet sie noch. Veronika Bode rechnet mit Antworten auf ihre Fragen frühestens in vier Wochen.